

Kurzanalyse: Klima, Energie und Standort im Koalitionsabkommen von CDU, CSU und SPD

Der Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ von CDU, CSU und SPD verknüpft gezielt Standort-, Energie- und Klimafragen. Wirtschaftliche, ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit sollen zusammen erreicht werden. Das klare Bekenntnis zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Klimazielen wird von Realismus und Effizienzorientierung bei der Zielerreichung begleitet.

+ Klares Bekenntnis zu Klimaschutz und Industriestandort - Realismus bei Klimaneutralität

Die Koalitionspartner bekennen sich zu deutschen und europäischen Klimazielen und zum Ziel der Klimaneutralität bis 2045 (Österreich: 2040). Klimaschutz, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und soziale Ausgewogenheit sollen dabei zusammengebracht werden. Die neue Regierung setzt auf Innovationen. Zudem soll ein wirksamer Carbon-Leakage-Schutz zum Erhalt industrieller Wertschöpfung garantiert werden.

Der Koalitionsvertrag umfasst entscheidende Maßnahmen für die Energiewende – vom Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netze über die Wärmewende bis zur Industrietransformation. Diese sind vor allem auf kurz- bis mittelfristige Erfolge und Einsparungen ausgelegt.

+ Einsatz für Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz auf europäischer Ebene – Entlastung für Bürger und Betriebe

Der European Green Deal und der Clean Industrial Act sollen weiterentwickelt werden, um Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz zusammenzubringen. Ziel ist es, weitere Länder für eine CO₂-Bepreisung zu gewinnen.

Die Koalition strebt eine ökonomisch tragfähige Preisentwicklung und Instrumente an, die CO₂-Preissprünge für Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen vermeiden. Die CO₂-Einnahmen sollen an die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zurückgegeben werden, u.a. mit sozial gestaffelten Entlastungen und Förderungen beim Wohnen und bei der Mobilität. Die stark betroffenen Wirtschaftszweige im Wettbewerb sollen unbürokratisch kompensiert werden.

+ Energiepolitik mit Wirtschaft und Verbrauchern – mehr Effizienz und bessere Planbarkeit

Bei der Energiewende sollen Wirtschaft und Verbraucher stärker zu Mitgestaltern gemacht werden (unter anderem durch Entbürokratisierung, Mieterstrom, Bürgerenergie und Energy Sharing).

Die Energiewende soll in Deutschland besser geplant und effizienter umgesetzt werden: Mit einem Monitoring bis zum Sommer sollen der zu erwartende Strombedarf sowie der Stand der Versorgungssicher-

heit, des Netzausbaus, des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, der Digitalisierung und des Wasserstoffhochlaufs als Grundlage der weiteren Arbeit überprüft werden. Alle Bereiche sollen auf Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit ausgerichtet werden.

Aus Kostengründen sollen Stromautobahnen, wo möglich, nicht als Erdkabel, sondern als Freileitungen verlegt werden. Erklärtes Anliegen der Koalitionäre sind dauerhaft niedrige und planbare, international wettbewerbsfähige Energiekosten.

+ Entlastung bei Energiepreisen – für Unternehmen und Verbraucher

Die Koalition will Unternehmen und Verbraucher in Deutschland mit einem Maßnahmenpaket dauerhaft um mindestens fünf Cent pro kWh entlasten. Dafür sollen als Sofortmaßnahme die Stromsteuer für alle auf das europäische Mindestmaß gesenkt und Umlagen und Netzentgelte reduziert werden. Die Netzentgelte sollen dauerhaft gedeckelt werden.

Die Strompreiskompensation wird dauerhaft verlängert und auf weitere Branchen ausgeweitet. Die Gasspeicherumlage wird für alle abgeschafft. Besonders wichtig: Für die energieintensive Industrie soll eine „besondere Entlastung (Industriestrompreis)“ eingeführt werden.

Für die Industrie sind die angekündigten Strompreisentlastungen, die beschlossene Fortsetzung der Klimaschutzverträge und die Entwicklung von grünen Leitmärkten klare Rahmenbedingungen für Investitionen in Richtung Klimaneutralität.

+ Abschaffung des umstrittenen „Heizungsgesetzes“ – keine Überregulierung

Das wegen seiner Überregulierung („bis in den Keller“) massiv umstrittene Gebäudeenergiegesetz (GEG) bzw. „Heizungsgesetz“ soll abgeschafft werden. An dessen Stelle soll ein neues GEG treten, das technologieoffener, flexibler und einfacher ist.

Zentrale Steuerungsgröße der neuen Regelung soll die erreichbare CO₂-Vermeidung sein. Durch die Ankündigung der Abschaffung droht allerdings auch Verunsicherung im Heizungsmarkt. Eine neue rechtliche Regelung im Gebäudeenergiegesetz muss daher schnell erfolgen, damit Heizungsindustrie, Baugewerbe und Haushalte zukunftssicher agieren können.

+ Investitionsfonds für Energieinfrastruktur – sicherer Rahmen mit marktwirtschaftlichen Instrumenten

Zur Vergabe von Eigen- und Fremdkapital bei Investitionen wollen die Koalitionspartner im Zusammenspiel von öffentlichen Garantien und privatem Kapital einen Investitionsfonds für die Energieinfrastruktur auflegen. Perspektivisches Ziel ist, dass sich Erneuerbare Energien vollständig am Markt refinanzieren

können. Für den weiteren Hochlauf von Erneuerbaren und Speichern soll es einen gesicherten Investitionsrahmen bei zugleich verstärkter Einbindung marktwirtschaftlicher Instrumente geben. Konkrete Aussagen zur Weiterentwicklung der Erneuerbaren-Förderung finden sich allerdings nicht.

Im Bereich der Kraftwerke wollen Koalitionspartner bis 2030 im Rahmen einer zügig zu überarbeitenden Kraftwerksstrategie bis zu 20 GW an Backup-Gaskraftwerken „anreizen“. Die Kraftwerksstrategie soll zeitnah in einen „technologieoffenen und marktwirtschaftlichen Kapazitätsmechanismus“ münden. Dieser soll systemdienliche Technologien adressieren, wie Bioenergie, Kraft-Wärme-Kopplung, Speicher und Flexibilitäten.

+ CCU und CCS möglich machen – Zukunftstechnologien forcieren

CO₂-Abscheidungs- und Speicherungstechnologien (CCS) sowie Nutzungstechnologien (CCU) sind für die Koalitionspartner unerlässliche Instrumente für das Ziel der Klimaneutralität. Mit einem Gesetzespaket sollen Abscheidung, Transport, Nutzung und Speicherung von Kohlendioxid insbesondere für schwer vermeidbare Emissionen des Industriesektors und für Gaskraftwerke ermöglicht werden.

Dem Bau der CCS/CCU-Anlagen und -Leitungen kommt überragendes öffentliches Interesse zu. Direct Air Capture ist für die Koalition eine mögliche Zukunftstechnologie, um Negativemissionen zu heben.

+ Leistbare Mobilität – erneuerbare Kraftstoffe forcieren

Das Koalitionsabkommen versteht Mobilität als soziale und ökonomische Voraussetzung für das Funktionieren und den Wohlstand Deutschlands. Mobilität muss sich an Realitäten orientieren, bezahlbar, verfügbar und umweltverträglich sein. Ziel ist es auch, den Einsatz alternativer Kraftstoffe, inklusive Biokraftstoffe, voranzubringen. Luftverkehrsspezifische Steuern, Gebühren und Abgaben sollen reduziert und die Erhöhung der Luftverkehrsteuer zurückgenommen werden. Die über das EU-Maß hinausgehende Power to Liquid (PtL)-Quote soll sofort abgeschafft werden. Europäische Fluggesellschaften sollen bei der Sustainable Aviation Fuels (SAF)-Quote nicht schlechter gestellt werden als außereuropäische.

+ Fokus auf Standort und Industrie – weniger Bürokratie, mehr Technologieoffenheit

Die Koalitionspartner setzen im Abkommen einen klaren Fokus auf die Stärkung des Standorts und besonders auf die Industrie, für die wettbewerbsfähige Energiepreise gewährleistet werden sollen. Die Dauer von Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen wird als kritischer Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit wie auch für die Transformation der Industrie unterstrichen und soll spürbar verkürzt werden. Es ist erklärtes Ziel, die Abwanderung energieintensiver Unternehmen aufgrund unterschiedlicher Klimaschutzstandards zu verhindern. Sollte ein effektiver Carbon Leakage-Schutz über den Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) nicht gelingen, wollen die Koalitionspartner Wettbewerbsfähigkeit für

exportorientierte Branchen weiterhin über die kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten regeln. Das Koalitionsübereinkommen bekennt sich zudem klar zum Automobilstandort Deutschland und setzt dabei auf Technologieoffenheit.

+ Priorität für Wachstum - europäische Wettbewerbsfähigkeit stärken

In der Koalitionsvereinbarung wird betont, dass Deutschland Industrienation und Mittelstandsland bleiben sowie KI- und Gründer-Nation werden soll - und dass die Weichen wieder auf Wachstum gestellt werden sollen. Dass das Potenzialwachstum auf deutlich über ein Prozent erhöht werden soll, ist klare Priorität der Koalitionsparteien. Durch strukturelle Reformen sollen Wachstumskräfte freigesetzt werden. Dafür will man unter anderem Investitionen, Innovationen und Wettbewerb fördern, Steuern, Abgaben und Energiepreise senken, Arbeitsanreize verbessern, die Dekarbonisierung unterstützen, Bürokratie zurückbauen und eine aktive Handelspolitik betreiben. Der europäische Binnenmarkt soll als Motor der Wirtschaftskraft weiterentwickelt werden. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Energie, medizinische Produkte, Pharma, Digitales, Telekommunikation und Verkehr einschließlich Luftverkehr. Zur besseren Mobilisierung von privatem Kapital sieht das Koalitionsübereinkommen Schritte zu einer echten Spar- und Investitionsunion (Kapitalmarkt- und Bankenunion) vor. Eine echte Energieunion soll den Fokus auf Entwicklung und Genehmigung gemeinsamer, grenzüberschreitender Energienetze einschließlich Wasserstoff sowie eine stärkere Vernetzung nationaler Energiemärkte für eine wettbewerbsfähige Industrie richten. Die Koalitionspartner setzen sich zugleich für einen substanziellen Rückbau von Bürokratie in der EU ein. Dies soll auch in Deutschland forciert werden: Die Europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) soll bürokratiearm und vollzugsfreundlich umgesetzt werden, das nationale Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wird abgeschafft.

Fazit von oecolution austria

Der Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ von CDU, CSU und SPD überzeugt durch die durchgängige Verknüpfung von Standort-, Energie- und Klimafragen. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele sollen gemeinsam verfolgt und erreicht werden. Überbordende, standortschädliche Maßnahmen der vergangenen Jahre (z.B. Lieferkettengesetz) sollen hingegen rasch zurückgenommen werden. Eine sichere und leistbare Energieversorgung ist zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit besonders wichtig. Energie- und Klimapolitik soll effizienter gestaltet und besser geplant werden. Das Übereinkommen legt einen Schwerpunkt eher auf kurz- bis mittelfristige wirksame Erfolge und Einsparungen, während langfristig tragende Strategien nicht thematisiert werden.